Deutscher Bundestag **Drucksache 19/11677**

19. Wahlperiode 16.07.2019

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten René Springer, Martin Sichert, Ulrike Schielke-Ziesing und der Fraktion der AfD – Drucksache 19/11281 –

Aktuelle Daten und Entwicklungen beim Wohngeld

Vorbemerkung der Fragesteller

Wohngeld ist ein staatlicher Zuschuss zur Miete, der einkommensschwache Bürger bei ihren Wohnkosten unterstützt und je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern finanziert wird. Seit nun mehr als 50 Jahren dient das Wohngeld der sozialen Sicherung eines angemessenen und familiengerechten Wohnbedarfs und wird nur an Personen ausgezahlt, die keine Transferleistungen (wie z. B. Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) beziehen, da bei Transferleistungen die Unterkunftskosten bereits berücksichtigt werden (vgl. www.bmi.bund.de/DE/themen/bauen-wohnen/stadt-wohnen/wohnraumfoerderung/wohngeld/wohngeld-node.html).

Im Sinne des staatlichen Fürsorgeauftrages obliegen die Berechnung, Bewilligung und Auszahlung des Wohngeldes den örtlichen Wohngeldbehörden in der Gemeinde-, Stadt- oder Kreisverwaltung. Die gesetzliche Grundlage der Leistungsgewährung bildet das Wohngeldgesetz (WoGG). Sofern die rechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind, besteht für förderungswürdige Personen (z. B. Mieter, Eigentümer) ein individueller Rechtsanspruch auf Wohngeld.

Tiefgreifende Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt und rasant steigende Mieten erhöhen das Risiko von Mietarmut für Menschen mit geringem Einkommen (vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-armutsrisiko-steigt-fuer-mieter-a-1208438.html). Angesichts dieser bundesweit zu beobachtenden Entwicklung wächst die sozialpolitische Bedeutung des Wohngeldes.

1. Wie und nach welchen Kriterien bewertet die Bundesregierung die Effektivität des Wohngeldes als armutsvermeidende Sozialleistung?

Das Wohngeld mindert für Haushalte mit niedrigem Einkommen die Wohnkostenbelastung. Durch die geringere Belastung sind die begünstigten Haushalte nicht nur auf ein ganz besonders mietgünstiges und deshalb enges Marktsegment im Wohnungsbestand beschränkt. Dies unterstützt die Erhaltung und Schaffung stabiler Bewohnerstrukturen in den Wohnquartieren und vermeidet eine wohnungspolitisch unerwünschte Spaltung des Wohnungsmarktes. Das Wohngeld ist sozialpolitisch sehr treffsicher und marktkonform, da es nach dem individuellen

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat vom 15. Juli 2019 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bedarf der Haushalte und den regional unterschiedlichen Miethöhen differenziert. Es lässt zum einen den Haushalten bezüglich der Wohnung Wahlfreiheit, setzt aber andererseits sozialpolitisch erwünschte Verhaltensanreize.

2. Welche Studien, Gutachten und Analysen zur sozialpolitischen Wirksamkeit des Wohngeldes wurden von der Bundesregierung seit der letzten Wohngeldreform vom 1. Januar 2016 in Auftrag gegeben, und mit welchem Ergebnis (bitte die entsprechenden Studien mitsamt den jeweiligen Kernaussagen ausweisen)?

Es wird auf den Wohngeld- und Mietenbericht 2018, Teil C Kapitel VI „Forschung im Wohngeld" verwiesen. Der Bericht wurde am 3. Juli 2019 im Kabinett verabschiedet.

3. Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Kosten bzw. Gesamtausgaben für das Wohngeld in den Jahren 2010 bis 2019 entwickelt (bitte jeweils differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern sowie nach Ländern auflisten)?

In der folgenden Tabelle sind die Jahresausgaben für das Wohngeld nach Bundesländern für den Zeitraum von 2010 bis 2018 aufgeführt. Die Jahresausgaben für 2019 können nicht vor Ablauf des Jahres beziffert werden. Bund und Länder tragen die Wohngeldausgaben je zur Hälfte.

Wohngeld – Jahresausgaben in Mio. Euro

	2010	**2011**	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**
Baden-Württemberg	197	166	112	107	105	78	137	131	117
Bayern	168	137	103	85	70	57	98	99	89
Berlin	67	57	47	39	33	27	42	45	41
Brandenburg	68	52	42	34	28	22	40	37	33
Bremen	15	13	11	9	8	7	11	11	10
Hamburg	30	25	24	20	18	14	26	26	28
Hessen	95	81	70	61	53	42	86	81	75
Mecklenburg-Vorpommern	74	64	50	41	32	26	40	39	33
Niedersachsen	194	164	133	107	90	73	116	115	110
Nordrhein-Westfalen	417	359	289	244	207	174	298	304	289
Rheinland-Pfalz	72	63	55	42	35	29	48	48	44
Saarland	19	14	11	8	7	5	9	9	8
Sachsen	145	121	97	72	65	52	78	74	63
Sachsen-Anhalt	68	58	43	34	28	22	34	33	29
Schleswig-Holstein	80	69	54	46	37	30	48	49	45
Thüringen	71	56	43	36	29	23	36	33	31
Deutschland insgesamt	**1.780**	**1.502**	**1.185**	**985**	**845**	**681**	**1.147**	**1.134**	**1.045**

Datenbasis: BMI

4. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung

   a) die Zahl der Wohngeldanträge und

   b) die Zahl der Wohngeldbewilligungen sowie

   c) die Summe der Wohngeldleistungen

   in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern, nach Ländern sowie nach soziodemographischen Merkmalen – Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland – für die Jahre 2010 bis 2019 ausweisen)?

Für die quartalsweise Anzahl an Wohngeld-Bearbeitungsfällen seit dem ersten Quartal 2016, die Anzahl darin enthaltener Erstbewilligungen sowie Erläuterungen zu dieser Statistik wird auf die Internetseite des Statistischen Bundesamtes verwiesen[1]. Ein Bearbeitungsfall ist dabei nicht zwingend mit einem Antrag gleichzusetzen. Für vergleichbare Zahlen von 2010 bis 2015 wird auf die Anlage verwiesen. In der folgenden Tabelle ist die Summe der monatlichen Wohngeldleistungen der Wohngeldhaushalte für die Berichtsjahre 2010 bis 2017 aufgelistet. Abweichungen zu den Jahresausgaben ergeben sich durch die Stichtagsbetrachtung der Wohngeldstatistik zum 31. Dezember. Entsprechende Daten für die Berichtsjahre nach 2017 liegen der Bundesregierung nicht vor.

Summe der monatlichen Wohngeldleistungen der Wohngeldhaushalte in Tausend Euro

	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
Schleswig-Holstein	3.514	3.946	2.080	2.627	3.149	4.177	4.982	6.407
Hamburg	2.261	2.515	1.339	1.590	1.737	2.052	2.225	2.535
Niedersachsen	9.324	9.951	5.686	7.042	8.087	10.234	12.188	15.792
Bremen	853	903	511	626	684	847	964	1.210
Nordrhein-Westfalen	24.448	25.405	13.577	16.066	18.701	21.739	25.273	33.220
Hessen	6.350	7.127	3.658	4.303	4.928	5.053	5.459	6.993
Rheinland-Pfalz	4.051	4.491	2.522	2.978	3.459	4.133	4.746	5.915
Baden-Württemberg	10.468	11.443	5.931	7.547	8.751	10.011	11.473	14.620
Bayern	7.797	8.568	4.422	5.439	6.424	7.891	9.519	12.999
Saarland	706	828	377	428	447	623	912	1.485
Berlin	3.654	3.797	2.010	2.523	2.945	3.506	3.999	5.227
Brandenburg	3.157	3.354	1.790	2.270	2.737	3.098	3.563	4.709
Mecklenburg-Vorpommern	3.050	3.562	2.033	2.570	3.188	3.844	4.529	6.302
Sachsen	5.680	6.616	4.019	5.099	6.081	7.343	8.489	11.384
Sachsen-Anhalt	2.615	2.994	1.656	2.126	2.641	3.122	3.847	5.395
Thüringen	2.647	3.025	1.807	2.311	2.847	3.598	4.418	5.916
Deutschland insgesamt	90.573	98.526	53.418	65.542	76.806	91.271	106.586	140.107

Datenbasis: Statistisches Bundesamt – Wohngeldstatistik 2010 bis 2017

[1] www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Wohngeld/_inhalt.html

Wohngeld wird für den gesamten Wohngeldhaushalt bewilligt. Eine Aufteilung auf einzelne Haushaltsmitglieder ist nicht möglich.

Daher wird in der folgenden Tabelle die Summe der monatlichen Wohngeldleistung der Wohngeldhaushalte differenziert nach dem Geschlecht des Antragstellers für die Berichtsjahre 2010 bis 2017 angegeben. Entsprechende Daten für die Berichtsjahre nach 2017 liegen der Bundesregierung nicht vor. Bezüglich der Nationalität der Wohngeldbezieher wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage „Wohngeldhaushalte und Wohngeldbeträge“ auf Bundestagsdrucksache 19/532 verwiesen.

Summe der monatlichen Wohngeldleistungen der Wohngeldhaushalte in Tausend Euro

	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
männlicher Antragsteller	40.959	43.699	24.277	28.524	32.299	37.537	42.401	53.507
weiblicher Antragsteller	49.614	54.827	29.141	37.018	44.507	53.734	64.184	86.600

Datenbasis: Statistisches Bundesamt – Wohngeldstatistik 2010 bis 2017

5. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Sozialstruktur bzw. die soziale Zusammensetzung des Empfängerkreises von Wohngeld in den letzten 20 Jahren entwickelt (bitte differenziert nach soziodemographischen Merkmalen – Geschlecht, Alter, Bildung, Beruf, Einkommen, Sozialmilieu und Lebenslagen sowie Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer und Asylstatus – darstellen)?

In der folgenden Tabelle werden die in der Wohngeldstatistik enthaltenen soziodemographischen Merkmale der Leistungsempfänger für die Berichtsjahre 2013 bis 2017 aufgeführt. Entsprechende Daten für die Berichtsjahre nach 2017 liegen der Bundesregierung nicht vor. Bis 2012 wurden keine Daten zu allen wohngeldberechtigten Haushaltsmitgliedern in der Wohngeldstatistik erfasst. Bezüglich der Nationalität der Wohngeldbezieher wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage „Wohngeldhaushalte und Wohngeldbeträge“ auf Bundestagsdrucksache 19/532 verwiesen.

Wohngeld: Soziodemographische Merkmale

	2017	2016	2015	2014	2013
	Anzahl wohngeldberechtigte Personen nach Altersklassen				
unter 18 Jahre	528.657	542.459	458.210	523.295	537.718
18 bis unter 25 Jahre	58.994	62.769	53.191	64.466	71.878
25 Jahre und älter	740.725	785.157	580.222	702.157	754.192
	Anzahl wohngeldberechtigte Personen nach Geschlecht				
weiblich	583.956	612.655	470.734	570.250	639.448
männlich	588.434	616.244	486.458	563.289	608.497
	Anzahl wohngeldberechtigte Personen nach sozialem Status				
Selbstständig	11.916	12.257	11.577	13.173	15.376
Arbeitnehmer	245.280	253.152	192.445	225.878	260.062
Rentner / Pensionär	290.260	314.191	194.587	252.894	300.002
Student/ Auszubildender mit Einkommen nach § 14 Abs. 2 Nrn. 27 - 29 WoGG	47.870	53.777	51.036	58.240	63.478
sonstige Nichterwerbsperson	698.797	712.483	602.203	688.971	711.818
zur Zeit arbeitslos	38.223	44.525	39.775	50.762	62.936
	durchschnittliches monatliches Gesamteinkommen des Wohngeldhaushalts gemäß Par. 13 WoGG (in Euro)				
	943,14	906,91	861,46	830,13	811,12

Datenbasis: Statistisches Bundesamt – Wohngeldstatistik 2013 bis 2017

6. Wie viele Alleinerziehenden-Haushalte haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2019 Wohngeld in Anspruch genommen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern, nach Ländern sowie nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

In der nachstehenden Tabelle ist die Anzahl der Alleinerziehenden-Wohngeldhaushalte, d. h. Haushalte, in denen eine Person gemeinsam mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren lebt, nach Bundesländern für die Berichtsjahre 2013 bis 2017 angeführt. Entsprechende Daten für die Berichtsjahre nach 2017 liegen der Bundesregierung nicht vor.

Bis 2012 ist keine Identifikation von Alleinerziehendenhaushalten möglich, da bis 2012 nicht zu allen wohngeldberechtigten Haushaltsmitgliedern in der Wohngeldstatistik Daten erfasst wurden. Bezüglich der Nationalität der Wohngeldbezieher wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage „Wohngeldhaushalte und Wohngeldbeträge“ auf Bundestagsdrucksache 19/532 verwiesen.

Anzahl Wohngeldhaushalte – Alleinerziehende

	2017	2016	2015	2014	2013
Schleswig-Holstein	3.471	3.800	2.473	2.758	3.360
Hamburg	1.888	1.893	1.323	1.654	1.861
Niedersachsen	6.260	6.848	4.972	5.928	6.417
Bremen	510	498	359	506	417
Nordrhein-Westfalen	14.045	14.684	10.401	12.133	11.450
Hessen	3.852	4.340	2.860	3.477	4.020
Rheinland-Pfalz	3.075	3.297	2.669	2.933	504
Baden-Württemberg	7.245	7.602	5.605	6.309	7.741
Bayern	6.941	7.409	5.183	6.220	7.157
Saarland	581	584	387	465	476
Berlin	3.118	2.936	2.156	2.582	2.911
Brandenburg	4.112	3.794	2.631	2.955	3.514
Mecklenburg-Vorpommern	4.298	4.417	3.038	3.550	3.940
Sachsen	7.231	7.619	6.064	7.342	7.672
Sachsen-Anhalt	3.201	3.511	2.529	3.058	3.357
Thüringen	2.189	3.489	2.659	3.357	3.738
Deutschland insgesamt	72.017	76.721	55.309	65.227	68.535

Datenbasis: Statistisches Bundesamt – Wohngeldstatistik 2013 bis 2017

7. Wie viele Rentner-Haushalte haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2019 Wohngeld in Anspruch genommen (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern, nach Ländern sowie nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland ausweisen)?

In der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl der Wohngeldhaushalte, deren Antragsteller Rentner bzw. Pensionär ist, nach Bundesländern für die Berichtsjahre 2010 bis 2017 aufgeführt. Entsprechende Daten für die Berichtsjahre nach 2017 liegen der Bundesregierung nicht vor.

Bezüglich der Nationalität der Wohngeldbezieher wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 2 der Kleinen Anfrage „Wohngeldhaushalte und Wohngeldbeträge“ auf Bundestagsdrucksache 19/532 verwiesen.

Anzahl Wohngeldhaushalte – Antragsteller Rentner/Pensionär

	2017	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010
Schleswig-Holstein	8.286	9.585	5.435	7.174	8.778	12.565	13.988	14.641
Hamburg	3.365	3.837	2.153	2.703	3.200	3.777	4.249	4.665
Niedersachsen	25.339	26.773	16.370	20.664	23.951	29.240	33.477	35.910
Bremen	2.577	2.758	1.787	2.140	2.479	2.957	3.374	3.336
Nordrhein-Westfalen	61.536	63.329	37.763	47.926	58.210	66.935	75.823	84.642
Hessen	14.200	17.697	9.799	12.490	14.814	16.289	17.968	20.913
Rheinland-Pfalz	12.761	13.511	8.900	10.984	13.058	15.117	16.643	17.239
Baden-Württemberg	30.230	32.311	19.162	28.358	31.891	35.038	38.087	40.938
Bayern	23.277	26.541	15.235	20.606	24.565	29.303	34.997	39.788
Saarland	2.480	2.682	1.282	1.594	1.623	2.678	3.673	3.999
Berlin	13.408	13.865	8.441	11.204	13.796	15.967	17.803	19.423
Brandenburg	14.427	15.108	10.475	13.348	15.853	17.205	18.474	20.010
Mecklenburg-Vorpommern	12.980	14.003	9.252	11.712	14.243	16.515	18.050	20.079
Sachsen	26.700	29.503	20.255	25.519	30.608	36.215	39.296	42.574
Sachsen-Anhalt	13.475	14.495	8.837	11.325	13.674	15.534	18.147	19.980
Thüringen	12.695	13.872	9.697	12.011	14.116	16.878	18.547	19.584
Gesamt	277.736	299.870	184.843	239.758	284.859	332.213	372.596	407.721

Datenbasis: Statistisches Bundesamt – Wohngeldstatistik 2010 bis 2017

8. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Armutsgefährdung von Wohngeldempfängern in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern, nach Ländern sowie nach Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland für die Jahre 2010 bis 2019 ausweisen)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Daten vor.

9. Bei wie vielen Empfängern konnte nach Kenntnis der Bundesregierung durch die Zahlung von Wohngeld eine Hilfebedürftigkeit im Sinne des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) verhindert oder beseitigt werden (bitte die Zahlen jeweils für die Jahre 2010 bis 2019 angeben sowie differenziert nach soziodemographischen Merkmalen – Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer, Staatsangehörigkeit aus einem Top-8-Asylherkunftsland – ausweisen)?

Die Anzahl der Personen, die mit Wohngeld und ggf. Kinderzuschlag ihre Hilfebedürftigkeit überwinden können, liegt der Bundesregierung nicht vor. Im Rahmen der Wohngeldreform 2020 werden aber schätzungsweise rund 25 000 Haushalte aus dem Bezug von Grundsicherungsleistungen in das Wohngeld wechseln.

10. Wie viele Wohngeldempfänger erhalten nach Kenntnis der Bundesregierung für die im Haushalt lebenden Kinder, welche bei der Wohngeldbewilligung berücksichtigt worden sind und für die Kindergeld bezogen wird, zusätzlich Leistungen für Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz (bitte in absoluten und relativen Zahlen für die Jahre 2015 bis 2019 angeben)?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 5 der Kleinen Anfrage „Aktuelle Daten und Entwicklungen bei Bildungs- und Teilhabeleistungen" auf Bundestagsdrucksache 19/9794 verwiesen.

11. Hatte die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt der letzten Jahre nach Kenntnis der Bundesregierung signifikante Auswirkungen auf die Anzahl der Wohngeldbewilligungen bzw. die ökonomische Situation der Wohngeld beziehenden Haushalte?

    a) Wenn ja, welche Auswirkungen waren das (bitte die Werte bzw. Zahlen zur Änderung beim Wohngeldbezug für die Jahre 2010 bis 2019 angeben sowie differenziert nach soziodemographischen Merkmalen – Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer insgesamt, EU-Ausländer – und jeweils für die Top-8-Asylherkunftsländer aufschlüsseln)?

    b) Wenn nein, warum nicht?

Einkommensanstiege führen unter sonst gleichen Bedingungen dazu, dass Wohngeldhaushalte weniger Wohngeld erhalten oder den Wohngeldanspruch verlieren. Gleichzeitig können mehr Haushalte ihre Hilfebedürftigkeit mit Wohngeld überwinden und wechseln aus den Grundsicherungsleistungen in das Wohngeld. Eine isolierte Auswertung dieser Effekte liegt der Bundesregierung nicht vor.

12. Hatte das Wohngeld nach Kenntnis der Bundesregierung Auswirkungen auf den Erwerbsstatus seiner Empfänger, bzw. hat der Mietzuschuss ggf. die Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit begünstigt?

    a) Wenn ja, welche Auswirkungen waren das (bitte die Werte bzw. Zahlen zur Änderung des individuellen Erwerbstatus für die Jahre 2010 bis 2019 angeben sowie differenziert nach soziodemographischen Merkmalen – Geschlecht, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer insgesamt, EU-Ausländer – und jeweils für die Top-8-Asylherkunftsländer aufschlüsseln)?

    b) Wenn nein, warum nicht?

Das Wohngeldsystem führt zu positiven Anreizen hinsichtlich der Arbeitsaufnahme. Zusätzliches Einkommen führt nicht zu einer Wohngeldkürzung in gleicher Höhe, sondern verbleibt zum überwiegenden Teil beim Wohngeldempfänger. Eine Quantifizierung des sich daraus ergebenden Effekts auf die Aufnahme oder Ausweitung einer Erwerbstätigkeit liegt der Bundesregierung nicht vor.

13. Wie viele der Wohngeldempfänger erhielten nach Kenntnis der Bundesregierung 2018 einen Zuschuss von unter 100 Euro, unter 200 Euro sowie unter 300 Euro im Monat, und wie viele Wohngeldempfänger erhielten einen Betrag von mehr als 300 Euro monatlich (bitte in absoluten und relativen Zahlen angeben)?

In der nachfolgenden Tabelle ist die Anzahl der Wohngeldhaushalte nach klassifizierter monatlicher Wohngeldleistung für das Berichtsjahr 2017 aufgeführt. Neuere Daten liegen der Bundesregierung nicht vor.

Anzahl Wohngeldhaushalte – monatliche Wohngeldleistung

	2017	
	Anzahl	**Anteil in %**
unter 100 Euro	241.356	41
100 bis unter 200 Euro	196.524	33
200 bis unter 300 Euro	87.966	15
300 Euro und mehr	66.277	11
Gesamt	592.123	100

Datenbasis: Statistisches Bundesamt – Wohngeldstatistik 2017

14. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittliche Bezugsdauer des Wohngeldes, und wie hat sich diese in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte differenziert nach Bund, nach neuen und alten Bundesländern, nach Ländern sowie nach soziodemographischen Merkmalen – Haushaltstyp, Staatsangehörigkeit deutsch, Ausländer, EU-Ausländer – und jeweils für die Top-8-Asylherkunftsländer für die Länder 2010 bis 2019 ausweisen)?

Wohngeld wird i. d. R. für zwölf Monate bewilligt. Ein vorangegangener Wohngeldbezug wird in der jährlichen Wohngeldstatistik nicht erfasst. Daten zur durchschnittlichen Bezugsdauer von Wohngeld liegen der Bundesregierung daher nicht vor.

15. Inwiefern werden bei der derzeitigen Berechnung des Wohngeldes Heiz- und Energiekosten im Sinne einer Klimakomponente extra berücksichtigt, und welche finanziellen Effekte sind damit verbunden?

Der Wegfall der Heizkostenkomponente in 2010 wurde mit der Wohngeldreform 2016 durch eine höhere Wohngeldleistung kompensiert. Mit der Realwertsicherung der Wohngeldreform 2020 wird auch die seinerzeitige stärkere Anhebung des Leistungsniveaus als Ersatz für die Heizkostenkomponente fortgeschrieben. Ein gesondert erhöhter Höchstbetrag für Wohnungen mit einem bestimmten Energiestandard (Klimakomponente) ist in der Wohngeldreform 2020 nicht vorgesehen, da noch kein praktikables und treffsicheres Verfahren für den Nachweis des Energiestandards gefunden werden konnte. Zu dessen Entwicklung hat das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat ein weiteres Forschungsvorhaben vergeben, das derzeit durchgeführt wird.

16. Welche zusätzlichen Wohngeldausgaben sind nach Einschätzung der Bundesregierung mit der Einführung der neuen „Mietstufe VII“ ab dem 1. Januar 2020 verbunden (bitte die Summe der kalkulierten Auszahlungsbeträge mitsamt der zusätzlichen impliziten Verwaltungskosten ausweisen)?

Die Einführung einer Mietenstufe VII ist mit geringen Mehrausgaben in Höhe eines unteren einstelligen Millionenbetrages verbunden. Durch die Einführung einer neuen Mietenstufe VII wird eine Vorgabe geändert, die lediglich zu einem einmaligen Umstellungsaufwand von rund 7 000 Euro führt. Es entsteht kein laufender jährlicher Erfüllungsaufwand.

17. Ergreift die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur sozialen Absicherung eines altersgerechten Wohnangebotes, insbesondere für Menschen mit (altersbedingten) gesundheitlichen Einschränkungen, und wenn ja, welche sind dies?

18. Ergreift die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur sozialen Absicherung eines bedarfsgerechten Wohnangebotes für Menschen mit Behinderungen, und wenn ja, welche sind dies?

Die Fragen 17 und 18 werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Schaffung von mehr Barrierefreiheit im Bereich des Wohnens und des Wohnumfelds ist ein wichtiges politisches Anliegen der Bundesregierung. Eine Förderung erfolgt bereits im Rahmen verschiedener Programme.

Mit der Förderung des altersgerechten Umbaus ermöglicht der Bund vielen Bürgern einen möglichst langen Verbleib im vertrauten Wohnumfeld bis ins hohe Alter. Seit April 2009 wird die alters- und behindertengerechte Anpassung von Wohngebäuden mit zinsverbilligten Darlehen und Investitionszuschüssen aus dem KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ in 2018 bis 2021 mit jeweils 75 Mio. Euro (KfW-Programm Nummer 455 Zuschuss) jährlich unterstützt.

Mittel der sozialen Wohnraumförderung können, je nach politischer Schwerpunktsetzung in den Ländern, ebenfalls für den barrierefreien Neubau und die altersgerechte Modernisierung des Gebäudebestandes eingesetzt werden.

Im Rahmen der Städtebauförderung können u. a. öffentliche Räume und Gebäude sowie das Wohnumfeld in Stadtquartieren barrierefrei bzw. barrierearm gestaltet werden. Die Berücksichtigung dieses Ziels in allen Maßnahmen der Städtebauförderung ist in der geltenden Verwaltungsvereinbarung (VV) Städtebauförderung zwischen Bund und Ländern in der Präambel definiert. Für die Umsetzung der Städtebauförderung sind die Länder im Rahmen der föderalen Aufgabenverteilung zuständig.

19. Ergreift die Bundesregierung konkrete Maßnahmen zur sozialen Absicherung eines bedarfsgerechten Wohnangebotes, insbesondere für junge Familien mit Kindern in Regionen mit überproportional steigenden Mietkosten, und wenn ja, welche sind dies?

Ausreichend bezahlbarer Wohnraum ist eine wichtige soziale Frage unserer Zeit. Die Bundesregierung hat seit März 2018 eine Vielzahl von Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren und die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Beim Wohngipfel im Bundeskanzleramt am 21. September 2018 wurde eine historisch beispiellose Wohnraumoffensive von Bund, Ländern und Kommunen auf den Weg gebracht.

Die Bundesregierung stellt in dieser Legislaturperiode allein für den sozialen Wohnungsbau, das Baukindergeld, das Wohngeld und eine Städtebauförderung auf Rekordniveau über 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Von den Maßnahmen profitieren insbesondere auch Familien mit Kindern.

20. Durch welche Maßnahmen stellt die Bundesregierung sicher, dass ausnahmslos alle anspruchsberechtigten Haushalte tatsächlich Wohngeld erhalten bzw. dieses beantragen?

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat informiert im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit die Bürgerinnen und Bürger über das Wohngeld und Wohngeldreformen z.B. durch Flyer, die Broschüre „Wohngeld – Ratschläge und Hinweise“ und Informationen auf der Homepage des Ministeriums. Die Kommunikation der Leistungsverbesserung des Wohngeldes und der Anspruchsvoraussetzungen trägt dazu bei, die Bekanntheit des Wohngeldes und seiner Inanspruchnahme weiter zu steigern.

Die Inanspruchnahme von Wohngeld ist grundsätzlich eine freiwillige Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger.

21. Verfolgt die Bundesregierung das Ziel, den Empfängerkreis und die Reichweite des Wohngeldes insbesondere im niedrigen Einkommensbereich auszuweiten?

    a) Wenn ja, welche Maßnahmen hat sie diesbezüglich wann unternommen?

    b) Wenn nein, warum nicht?

Auf dem Wohngipfel im Bundeskanzleramt am 21. September 2018 haben Bund und Länder vereinbart, mit einer Wohngeldreform 2020 das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes zu stärken. Die Bundesregierung hat am 8. Mai 2019 den vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des Wohngeldes (Wohngeldstärkungsgesetz – WoGStärkG) beschlossen.

Anlage

2010	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal	
	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen
Baden-Württemberg	69.197	7.991	62.833	7.722	57.955	6.572	61.045	7.052
Bayern	70.066	11.377	64.988	11.143	63.239	10.120	63.079	10.415
Berlin	34.205	4.795	28.977	4.461	26.610	4.035	27.200	4.015
Brandenburg	28.505	7.197	23.490	6.364	22.559	5.286	26.091	5.788
Bremen	6.374	1.773	5.520	1.508	5.362	1.478	5.263	1.427
Hamburg	11.763	3.100	9.168	2.486	9.313	2.391	9.560	2.471
Hessen	34.255	5.680	32.917	5.696	32.590	5.280	31.842	5.183
Mecklenburg-Vorpommern	31.044	5.702	29.010	5.606	28.622	4.865	28.183	4.924
Niedersachsen	69.254	11.374	62.411	10.923	61.397	10.159	62.278	10.366
Nordrhein-Westfalen	154.100	24.242	157.874	27.354	147.314	24.380	150.940	23.779
Rheinland-Pfalz	22.845	4.609	21.967	5.424	21.534	4.893	21.602	5.041
Saarland	7.268	1.729	6.653	1.681	5.954	1.451	6.116	1.432
Sachsen	65.247	7.166	53.714	6.451	47.949	5.453	50.174	5.381
Sachsen-Anhalt	30.782	4.183	27.554	4.013	26.945	3.513	29.264	3.735
Schleswig-Holstein	21.819	5.649	17.042	4.810	19.115	4.846	17.532	4.776
Thüringen	31.503	3.726	27.984	3.767	27.187	3.326	30.342	3.507
Deutschland	501.146	82.319	470.350	83.208	450.383	75.605	456.457	75.957
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	688.227	110.293	632.102	109.409	603.645	98.048	620.511	99.292
Neue Länder ohne Berlin	187.081	27.974	161.752	26.201	153.262	22.443	164.054	23.335

2011	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal	
	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen
Baden-Württemberg	66.241	5.584	52.680	4.721	51.325	4.408	50.080	4.539
Bayern	69.048	9.029	56.399	7.106	51.199	5.849	51.591	5.919
Berlin	33.964	3.684	26.431	3.024	23.824	2.675	22.350	2.514
Brandenburg	26.884	6.697	22.435	4.666	21.419	3.803	21.881	3.768
Bremen	5.419	1.482	5.095	1.153	4.867	1.050	4.586	1.052
Hamburg	10.784	2.382	8.508	2.020	8.653	2.008	8.248	1.989
Hessen	27.909	2.682	28.592	3.747	29.619	3.679	27.822	3.927
Mecklenburg-Vorpommern	22.086	1.662	26.769	3.721	23.114	2.806	29.510	3.103
Niedersachsen	67.931	9.103	56.284	7.641	53.867	6.628	51.188	6.611
Nordrhein-Westfalen	172.172	21.520	145.714	20.512	129.964	16.463	123.175	16.056
Rheinland-Pfalz	23.908	4.145	20.094	3.792	18.787	3.283	18.257	3.351
Saarland	6.425	1.276	5.108	1.018	4.300	791	4.408	918
Sachsen	59.242	4.637	44.082	3.897	41.410	3.331	40.212	3.627
Sachsen-Anhalt	30.909	2.774	24.803	2.278	24.261	1.973	24.715	2.119
Schleswig-Holstein	21.250	4.515	15.291	3.260	17.165	3.197	14.814	3.065
Thüringen	30.302	3.547	24.061	2.665	23.735	2.148	24.656	2.313
Deutschland	674.474	84.719	562.346	75.221	527.509	64.092	517.493	64.871
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	505.051	65.402	420.196	57.994	393.570	50.031	376.519	49.941
Neue Länder ohne Berlin	169.423	19.317	142.150	17.227	133.939	14.061	140.974	14.930

2012	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal	
	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen
Baden-Württemberg	50.178	4.626	42.869	4.076	42.634	3.781	43.887	4.313
Bayern	49.831	5.736	43.730	5.229	42.514	4.783	44.205	5.393
Berlin	24.152	2.770	21.280	2.517	20.972	2.304	21.202	2.326
Brandenburg	21.263	3.906	17.724	3.114	18.840	3.312	18.917	3.532
Bremen	4.334	1.003	4.210	919	4.300	859	4.001	896
Hamburg	8.817	2.012	7.651	1.891	7.885	1.784	7.063	1.749
Hessen	32.063	4.224	26.969	3.637	27.521	3.513	24.954	3.581
Mecklenburg-Vorpommern	25.230	3.091	21.772	2.621	21.999	2.570	21.129	2.707
Niedersachsen	49.862	6.198	43.610	5.531	46.352	5.506	42.953	5.696
Nordrhein-Westfalen	115.072	14.759	115.146	14.914	114.131	13.752	113.617	14.344
Rheinland-Pfalz	18.554	3.079	16.712	3.055	19.060	2.774	18.390	2.940
Saarland	4.269	1.022	3.649	1.649	2.673	1.421	2.431	1.102
Sachsen	43.558	3.876	34.773	3.143	36.210	3.157	35.968	3.333
Sachsen-Anhalt	23.043	1.922	19.195	1.699	18.897	1.491	19.286	1.746
Schleswig-Holstein	16.085	3.121	12.878	2.611	14.653	2.695	13.066	2.752
Thüringen	21.735	2.036	18.181	1.816	20.851	1.822	19.489	1.824
Deutschland	508.046	63.381	450.349	58.422	459.492	55.524	450.558	58.234
Früheres Bundesgebiet mit Berlin	373.217	48.550	338.704	46.029	342.695	43.172	335.769	45.092
Neue Länder ohne Berlin	134.829	14.831	111.645	12.393	116.797	12.352	114.789	13.142

2013	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal	
	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen
Baden-Württemberg	42.784	4.050	40.154	3.974	41.617	3.491	41.759	4.132
Bayern	42.466	4.862	38.717	4.789	41.266	4.700	40.036	5.664
Berlin	20.163	2.086	18.944	2.125	18.980	1.839	17.767	1.777
Brandenburg	18.571	3.573	17.074	3.285	18.229	3.232	18.007	4.217
Bremen	4.266	936	3.942	842	3.898	723	1.937	297
Hamburg	7.655	1.911	7.274	1.685	8.578	1.729	7.000	1.613
Hessen	25.594	3.470	27.088	3.649	24.629	2.923	22.811	3.223
Mecklenburg-Vorpommern	20.364	2.487	19.480	2.444	19.341	2.230	19.071	2.280
Niedersachsen	45.937	5.154	41.296	4.713	46.763	4.754	42.207	4.888
Nordrhein-Westfalen	97.463	12.124	102.039	13.287	111.110	12.391	109.507	12.996
Rheinland-Pfalz	18.446	2.549	16.769	2.628	19.275	2.331	16.573	2.441
Saarland	2.808	1.321	1.787	457	1.926	412	1.453	311
Sachsen	38.619	3.638	34.140	3.248	33.537	2.686	33.267	2.819
Sachsen-Anhalt	18.436	1.734	16.163	1.430	17.021	1.383	16.520	1.512
Schleswig-Holstein	14.247	2.871	11.886	2.317	13.891	2.460	12.536	2.442
Thüringen	19.357	1.808	18.963	1.925	18.975	1.541	18.944	1.636
Deutschland	437.176	54.574	415.716	52.798	439.036	48.825	419.395	52.248
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	301.666	39.248	290.952	38.341	312.953	35.914	295.819	38.007
Neue Länder mit Berlin	135.510	15.326	124.764	14.457	126.083	12.911	123.576	14.241

2014	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal	
	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungs fälle	davon Erstbewilligungen
Baden-Württemberg	42.980	4.062	37.819	3.522	40.011	3.550	41.590	4.063
Bayern	37.871	4.856	34.425	4.674	34.623	4.321	38.160	5.270
Berlin	20.058	2.025	16.988	1.587	16.953	1.594	17.128	1.618
Brandenburg	17.532	4.018	16.000	3.118	16.825	3.019	16.682	2.899
Bremen	3.793	1.922	3.235	1.066	3.293	897	2.871	800
Hamburg	7.746	1.752	6.259	1.394	6.613	1.409	6.371	1.464
Hessen	27.878	3.591	24.403	3.147	26.768	3.179	21.811	3.123
Mecklenburg-Vorpommern	20.394	2.303	17.586	2.031	16.605	1.747	17.807	2.186
Niedersachsen	41.557	4.765	36.880	4.189	40.415	4.341	32.959	3.870
Nordrhein-Westfalen	98.029	11.958	94.020	11.823	90.904	10.481	96.327	11.682
Rheinland-Pfalz	15.061	2.259	12.526	404	15.121	2.108	14.709	2.259
Saarland	2.347	528	2.261	524	2.125	486	1.579	437
Sachsen	36.592	3.207	31.973	2.818	31.812	2.570	31.364	2.849
Sachsen-Anhalt	17.554	1.727	14.102	1.326	15.182	1.298	14.637	1.345
Schleswig-Holstein	13.208	2.384	11.863	2.210	12.507	1.998	12.587	2.312
Thüringen	18.889	1.797	15.748	1.587	16.894	1.567	18.098	1.661
Deutschland	421.489	53.154	376.088	45.420	386.651	44.565	384.680	47.838
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	290.470	38.077	263.691	32.953	272.380	32.770	268.964	35.280
Neue Länder mit Berlin	131.019	15.077	112.397	12.467	114.271	11.795	115.716	12.558

2015	1. Quartal		2. Quartal		3. Quartal		4. Quartal	
	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen	Bearbeitungsfälle	davon Erstbewilligungen
Baden-Württemberg	37.364	3.363	34.107	2.996	34.059	2.757	35.779	3.544
Bayern	33.326	4.480	29.988	3.971	29.826	3.697	30.552	4.373
Berlin	16.449	1.583	15.154	1.410	14.573	1.227	13.994	1.271
Brandenburg	16.130	2.663	13.126	2.144	14.267	2.242	11.054	1.926
Bremen	2.909	701	3.316	738	3.128	629	2.635	553
Hamburg	6.420	1.406	5.479	1.230	5.376	1.099	4.943	1.257
Hessen	23.367	3.222	21.017	3.071	21.840	2.715	18.220	2.685
Mecklenburg-Vorpommern	16.601	1.929	15.028	1.789	14.577	1.641	12.954	1.772
Niedersachsen	35.226	3.932	32.353	3.742	33.033	3.397	29.555	3.996
Nordrhein-Westfalen	82.072	10.030	81.906	10.300	82.068	9.258	79.002	9.764
Rheinland-Pfalz	14.181	2.055	12.786	1.978	13.188	2.081	11.767	2.070
Saarland	1.574	387	1.890	414	1.877	410	1.573	385
Sachsen	30.460	2.731	27.949	2.512	28.593	2.344	25.165	2.372
Sachsen-Anhalt	13.749	1.245	12.345	1.102	12.542	1.094	11.756	1.234
Schleswig-Holstein	11.259	2.088	10.068	1.808	10.955	1.743	9.823	1.848
Thüringen	16.135	1.454	13.912	1.419	14.593	1.290	13.527	1.539
Deutschland	357.222	43.269	330.424	40.624	334.495	37.624	312.299	40.589
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	247.698	31.664	232.910	30.248	235.350	27.786	223.849	30.475
Neue Länder mit Berlin	109.524	11.605	97.514	10.376	99.145	9.838	88.450	10.114



Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333